

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 22. September 2020

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 15. bis 17. September 2020

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 15. bis 17. September 2020 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 15. September 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 16. September 2020)

Nr. 20/116 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie steht es um die Inklusion an Bremer Bildungseinrichtungen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/282 S](#))
2. Keine Unterstützung für Extremisten - Leihvertrag für das Alte Sportamt auf den Prüfstand stellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/301 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/117 S

Fragestunde

1. Leerstehende Hausmeisterwohnungen für Schulbetrieb nutzen
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juli 2020
2. Digitalisierung der Beiräte und Ortsämter: Wie ist der Sachstand und wie die weiteren Planungen?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2020
3. Turnhallensituation im Gröpelinger Ortsteil Oslebshausen

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2020

4. Projekt „Kids in die Bäder“ ein Erfolgsmodell?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Juli 2020

5. Spenden für Honorarprofessoren der Volkshochschule Bremen

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Juli 2020

6. Verkehrssicherheit am Vegesacker Bahnhof

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. Juli 2020

7. Information über und Vergabe von Notdienstplätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Juli 2020

8. Hilft der „HanseSani“ auch Krankenhauseinweisungen aus Pflegeheimen zu verringern?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. Juli 2020

9. Recyclingstation in Bremen-Horn

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 27. Juli 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Wie kann die persönliche Beratung im Jobcenter wieder gewährleistet werden?

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 28. Juli 2020

11. Kinderschutzambulanz und neues Kinderkrankenhaus

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim-Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 2020

12. Bauarbeiten und damit einhergehende Verkehrsprobleme rund um den Schwachhauser Ring

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 18. August 2020

13. Laxer Umgang mit den „Corona-Regeln“ bei den Bremer Bädern?

Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. August 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

14. Immer noch kein Tempo 30 an der Stromer Landstraße

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. September 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

15. Einschränkungen bei der Nutzung der Sportstätten der Universität Bremen

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Susanne Grobien, Yvonne Aver-werser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. September 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

16. Huchtinger Stadtteilhaus auch ein Jahr nach schwerem Brand weiterhin nicht nutzbar

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Yvonne Averwerser, Hartmut Bodeit, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. September 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

17. Warum bleibt das Huchtinger Schwimmbad für den allgemeinen Publikumsbetrieb geschlossen?

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 8. September 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/118 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/119 S

**Den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern mit
Verbrennungsmotor reduzieren – Gesundheitsschutz bei der
Anwendung verbessern, Umwelt schützen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020

(Drucksache [20/278 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. in Bremen den Einsatz von Laubbläsern und -saugern mit Verbrennungsmotoren in Eigenbetrieben und bremischen Gesellschaften, die unter anderem für die Gehwegreinigung zuständig sind, zu hinterfragen, den Ge-brauch soweit möglich zu reduzieren, und bei der Neubeschaffung auf akkubetriebene Geräte umzustellen; die Erfahrungen aus Berlin, Hamburg und Stuttgart sind einzubeziehen;
2. mit den Bremer Eigenbetrieben und bremischen Gesellschaften, insbesondere den Umweltbetrieben, zu prüfen, auf welchen Flächen, insbesondere auf Grünflächen und in Heckennähe, der Einsatz von Laubbläsern und -saugern generell reduziert werden kann;
3. Anwenderinnen und Anwender städtischer Betriebe über die mit der Verwendung von Laubbläsern und -saugern ausgehenden Gefahren aufzuklären; auch akkubetriebene Geräte sollten nur mit Atem- und Gehörschutz verwendet werden; über die einzuhaltenden Zeiten muss informiert und deren Einhaltung vom Gewerbeaufsichtsamt überwacht werden;
4. mit den in Bremen arbeitenden Gehwegreinigungen Gespräche zu führen, um die Nutzung zu reduzieren und die Verwendung von elektrischen Laubbläsern einzufordern; Laubsauger sollten vermieden werden;
5. eine Untersuchung zu Risiken von Feinstaub und Abgasemissionen anzustoßen, um substanzielleren Aufschluss über die Notwendigkeit präventiver Schutzmaßnahmen zu gewinnen und so Arbeitnehmerinnen und Ar-beitnehmer umfassend vor gesundheitlichen Risiken zu schützen;
6. sich auf Bundesebene für bislang nicht vorhandene gesetzliche Lärmgrenzwerte einzusetzen, die dann in einer EU-Verordnung geregelt werden müssten;
7. der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie und der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im Laufe des Jahres 2021 über die Umstellung und Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (federführend) und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/120 S

Für ein sauberes Bremen mit mehr Aufenthaltsqualität!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. August 2020
(Drucksache [20/289 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/121 S

Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen erhalten – Kajeninfrastruktur in den stadtbremischen Überseehäfen an aktuelle und zukünftige Bedarfe anpassen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/298 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/122 S

Zukunftsfeste Weiterentwicklung des Klinikverbunds Gesundheit Nord (GeNo) vorantreiben – Wirtschaftliche Solidität sicherstellen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 15. September 2020
(Neufassung der Drucksache [20/21 S](#) vom 06.09.19)
(Drucksache [20/306 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/123 S

**Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues
Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!**

Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 16. Juni 2020

(Drucksache [20/190 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für
Gesundheit und Verbraucherschutz Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/124 S

**Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den
kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges
Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 24. September 2019

(Drucksache [20/42 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/125 S

**Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den
kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges
Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!**

Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz
vom 16. Juni 2020

(Drucksache [20/191 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für
Gesundheit und Verbraucherschutz Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/126 S

Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 7. Juli 2020

(Drucksache [20/281 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. hinsichtlich des kommunalen Klinikverbunds
 - a) bei der Berichterstattung zur Sanierung so weit wie möglich die Sondereffekte durch die Coronapandemie getrennt auszuweisen;
 - b) das Zukunftskonzept 2025 und seine Umsetzung kritisch zu bilanzieren, dabei die Ergebnisse der ergriffenen Maßnahmen darzustellen sowie die Strategie für erweiterte Geschäftsfelder (ambulante Dienstleistungen, Reha, pflegerische Leistungen, Labore etc.) darzustellen;
 - c) die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses zur Medizinstrategie und die Planung der Umsetzung vorzulegen;
 - d) pflegerische, ärztliche und kaufmännische Expertise in allen Klinikdirektionen sicherzustellen;
 - e) eine nachhaltige Fachkräftestrategie vorzulegen, die eine Planung der zukünftigen Ausbildungskapazitäten und Maßnahmen zur Attraktivierung der Arbeitsbedingungen enthält;
 - f) die Aufstellung zu aktualisieren, welche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die von der GeNo erbracht werden, nicht oder nur unzureichend durch die bestehende Krankenhausfinanzierung gegenfinanziert sind;
 - g) die Liquidität des kommunalen Klinikverbunds durch geeignete Maßnahmen abzusichern und weitere Bedarfe vorläufig abzuschätzen;
2. bei der Krankenhausplanung in höherem Maße als bisher eine aktiv gestaltende Rolle einzunehmen und die Versorgungsaufträge im Sinne einer übergreifenden Krankenhausstrategie, welche den Fokus auf die medizinische und pflegerische Qualität, auf die Versorgungssicherheit für alle Patientinnen und Patienten und auf die Wirtschaftlichkeit aller bremischen Kliniken legt, neu zu sortieren und zu konzentrieren;
3. zur Stärkung des klinischen Gesundheitssystems
 - a) ein Konzept zu arbeiten, welche Anforderungen sich aus den Erfahrungen der Coronapandemie und weiterer Risikoanalysen für die städtische Krankenhauslandschaft ergeben, welche Konsequenzen daraus gezogen werden und

welche Rolle dabei dem kommunalen Klinikverbund, den freigemeinnützigen Kliniken und weiteren gesundheitspolitischen Akteuren zukommt;

- b) für die im Konjunkturpaket des Bundes angekündigten Sondermittel zur Stärkung und Modernisierung der Krankenhäuser die notwendige Kofinanzierung bereitzustellen und sich auf Bundesebene für eine Reform des Krankenhaus-Strukturfonds einzusetzen, sodass die Mittel nicht mehr an den Abbau von Kapazitäten gebunden sind;
- c) im Rahmen des Bremen-Fonds weitere Stärkungsmaßnahmen vorzusehen;

der Stadtbürgerschaft bis zum 1. Oktober 2020 zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (federführend) und den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts bis Oktober 2020.

Nr. 20/127 S

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/100 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/128 S

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 18. Juni 2020
(Drucksache [20/195 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/129 S

Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A 27

Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2020
(Drucksache [20/285 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2487.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/130 S

Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 167. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/297 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/131 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. LED-Straßenbeleuchtung für eine adaptive Stadtbeleuchtung und als Stromlieferanten für die E-Mobilität sowie als Basis „smarter“ Technologie nutzen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/299 S](#))
2. LED-Leuchten für den Bremer Nachthimmel
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/305 S](#))
3. Fortbildungen statt wirkungsloser Verbote – Handlungsfähigkeit der Polizei im Umgang mit Auto-Posern stärken!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/302 S](#))
4. Kinder stärken, Zukunft sichern! Die Stadt Bremen braucht einen Kinderbeauftragten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/303 S](#))
5. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10
vom 11. September 2020
(Drucksache [20/304 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 16. und 17. September 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 18. September 2020)

Nr. 20/262

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Silvester Feuerwerke im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/278](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/518](#))

2. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem
– Sachstand und Ausblick
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/289](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/432](#))

3. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021
(Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))
4. Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen
beim Land
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. April 2020
(Drucksache [20/356](#))
5. Sachstandsbericht an die Bürgerschaft zum Thema Assistenz im
Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/567](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/263

Mit einem neuen „Bremer Erlass“ aufenthaltsrechtliche Sicherheit für junge Geflüchtete während Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 5. Mai 2020
(Drucksache [20/374](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/264

Digitale Möglichkeiten für Beratungs- und Hilfsangebote ausweiten – Menschen vor häuslicher und sexueller Gewalt in der Krise und danach noch besser schützen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. Mai 2020
(Drucksache [20/377](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/265

Tracing-App nur bürgerrechtskonform, freiwillig und für die Dauer der Corona-Pandemie

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 10. Juni 2020
(Drucksache [20/441](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/266

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 15. September 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/428](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Be-richterstattung an den Ausschuss für Bundes- und

Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Veränderungen bei den Mitgliedern der staatlichen Deputation für Inneres

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 16. Juli 2020

(Drucksache [20/552](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Veränderungen bei den Mitgliedern der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 17. Juli 2020

(Drucksache [20/553](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Vierter Bericht des Senats gemäß § 12 BremIFG

Mitteilung des Senats vom 18. August 2020

(Drucksache [20/566](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Familien während Corona unterstützen: Verlässliche Entschädigungszahlungen auch für Eltern im Homeoffice!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. August 2020
(Drucksache [20/575](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Be-richterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit und Ver-braucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/597](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 2. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Euro-päischen Datenschutzgrundverordnung zur Beratung und Berichterstat-tung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Infor-mationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/598](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 14. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Be-ratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/267

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

„Luft- und Raumfahrtstandort Bremen stärken – Bremerhaven muss Versorgungshafen für den Weltraumbahnhof in der Nordsee werden“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:

„Flüchtlingscamps auf den griechischen Inseln evakuieren – Wir haben Platz!“;

3. auf Antrag der Abgeordneten Jasmina Heritani, Carsten Sieling, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

„Tarifbindung im Land Bremen stärken – Handlungsspielräume nutzen“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/268

6. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2016

Bericht des Landesbehindertenbeauftragten
vom 24. Juli 2020
(Drucksache [20/561](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Landesbehindertenbeauftragten Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/269

Politischem Extremismus entschieden entgegenzutreten – Bremen darf keine Hochburg des Linksextremismus bleiben!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. Juni 2020
(Drucksache [20/423](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/270

Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Juni 2020
(Drucksache [20/409](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. August 2020

(Drucksache [20/571](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/271

Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen

Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/317](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [20/414](#) in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/272

Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/414](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/273

Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/275](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/274

Opferschutz muss ernst genommen werden – ein Opferschutzbeauftragter für Bremen!

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/415](#))

Der Bericht ist durch die Rücknahme der Drucksache [20/275](#) erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/275

Bremisches Gesetz zur Erleichterung von Investitionen 2020 Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der SARS-CoV-2- Pandemie

Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/565](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 8. September 2020
(Drucksache [20/593](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Artikel 1 des Änderungsantrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Artikel 2 des Änderungsantrags zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter
Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/276

Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020

(Drucksache [20/476](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/277

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates und der Richtlinie (EU) 2016/800 über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, im Justizvollzug sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Vorschriften

Antrag des Rechtsausschusses

vom 25. Juni 2020

(Drucksache [20/512](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/278

Gesetz zur Änderung des Änderungsgesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/531](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/279

Gesetz zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/562](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/280

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesbauordnung (BremLBO)

Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/580](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/281

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 10

vom 11. September 2020

(Drucksache [20/610](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/282

Fragestunde

1. Wie verläuft die Umsetzung des Masernschutzgesetzes in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 2. Juli 2020
2. Gesellschaftliche Ungleichheit wissenschaftlich aufarbeiten und Lösungen finden
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juli 2020
3. Versorgung mit WLAN für Schulkinder in Übergangwohnheimen sicherstellen!
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Juli 2020
4. Stand der Planungen und Umsetzung beim „Entwicklungsplan Inklusion“?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juli 2020
5. Wer bremst K&S?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juli 2020
6. Ausstattung von Lehrkräften im Land Bremen mit iPads
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 16. Juli 2020
7. Quarantäne für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Juli 2020

8. Stalkingbeauftragte sowie Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für häusliche Gewalt bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2020
9. Ist die bremische Richterbesoldung amtsangemessen?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Technische Infrastruktur in den Bremer Studierendenwohnheimen für die Durchführung eines „hybriden“ Wintersemesters 2020/2021
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. August 2020
11. Verzögerungen bei der Schiffsabfertigung in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. August 2020
12. Städtepartnerschaften im Zeichen von Unterdrückung der LGBTQ-Community
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 18. August 2020
13. Jährliche Überprüfung der Unterbringung in der forensischen Psychiatrie
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. August 2020
14. Gender Pay Gap im Gesundheitsressort Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sina Dertwinkel, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. August 2020
15. Anlassbezogene Kontrollen in Pflegeheimen des Landes Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. August 2020
16. Ist professioneller Sport mit Zuschauern auch in Bremen bald wieder realistisch?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2020
17. Öffnung der Mensen an den Bremer Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und die Fraktion der FDP vom 10. September 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/283

Gemeinsam sind wir stärker – Europa muss jetzt Zusammenhalt zeigen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 30. Juni 2020

(Drucksache [20/514](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Anstrengungen der Europäischen Union und der EU-Mitgliedstaaten, in der Pandemiekrise gemeinsam zu handeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Schlussfolgerungen des Vorsitzenden des Europäischen Rates vom 23. April 2020, die ein Konjunkturprogramm für Europa, verknüpft mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU vorsehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den deutsch-französischen Vorschlag, zur Bewältigung der Krise über einen stark erweiterten europäischen Haushalt eine gemeinsame Kreditaufnahme der EU-Mitgliedstaaten und auch die Zahlung von Zuschüssen an besonders stark getroffene Länder zu ermöglichen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Vorschläge der Kommission vom 27. Mai 2020 für einen Aufbauplan „Next Generation EU“, den aktualisierten Vorschlag zum MFR 2021 bis 2027 inklusive einer Brückenlösung für die Mobilisierung von Haushaltsmitteln im Jahr 2020. Insbesondere das Vorhaben zur Anhebung der Eigenmittelobergrenze, zusätzliche Eigenmittel und die substanzielle Aufstockung zentraler EU-Programme, die auch dem Bundesland Bremen zugutekommen können.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine zukunftsfähige Schwerpunktsetzung des Konjunkturprogramms, „Next Generation EU“, und des vorgeschlagenen Aufbauplans der Europäischen Union, die folgenden Bereichen eine hohe Priorität einräumt: Förderung des Klimaschutzes und nachhaltiger Wirtschaftsmodelle, Gewährleistung einer sicheren Daseinsvorsorge insbesondere im Gesundheitsschutz, Förderung eines sozial ausgestalteten Strukturwandels in den Regionen der EU, sowie eine stärkere Berücksichtigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratiekriterien bei Mittelvergaben an EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht das Erfordernis einer deutlichen Ausweitung des EU-Haushaltes, die sowohl vorhandene wie noch zu entwickelnde Modelle der Finanzbeschaffung nutzt. Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft muss es daher sein, bewährte Instrumente und neue Vorschläge, wie eine Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten, die Schaffung neuer Einnahmequellen oder Möglichkeiten europäischer Verschuldung ernsthaft auf deren Realisierung hin zu bewerten.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) hält in Folge der Wiederaufbaumaßnahmen eine erweiterte Zielbeschreibung der europäischen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken sowie eine stärkere Vergemeinschaftung der Steuerpolitik für erforderlich. Die bisher ausschließliche Fixierung auf strenge Verschuldungsziele muss um weitere wirtschaftspolitische Ziele wie Beschäftigungsförderung oder Umweltverträglichkeit ergänzt werden. Erforderlich sind zugleich wirksame Maßnahmen gegen Steurdumping, Steuervermeidung und Steuerumgehung.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und in der solidarischen Unterstützung der afrikanischen Zivilgesellschaft und Bevölkerung eine herausragende Aufgabe der Europäischen Union in der Coronakrise. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen und für einen nachhaltigen Wiederaufbau müssen daher eine angemessene Komponente der Unterstützung auch in diese Richtung enthalten.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das Schuldenmoratorium der G20 für 77 Entwicklungsländer und die Ausweitung des Katastrophenfonds des IWF, aus dem Entwicklungsländern der laufende Schuldendienst abgenommen wird. Sie hält diese Maßnahmen jedoch nicht für ausreichend, um Entwicklungsländer in der Coronakrise nachhaltig zu entlasten. Die Europäische Union soll sich im internationalen Rahmen konsequent für eine tatsächliche Schuldenstreichung gegenüber Entwicklungsländern und für die zusätzliche Mobilisierung internationaler Mittel zur Krisenbekämpfung einsetzen.
10. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union diese Sichtweisen und Positionen zu vertreten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (federführend) und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/284

Deutschland braucht Europa – Europa braucht Deutschland

Antrag der Fraktion der CDU

vom 7. Juli 2020

(Drucksache [20/536](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1, 3, 5 und 8 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den übrigen Ziffern wie folgt zu:

2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt und unterstützt darüber hinaus, dass die Bundesregierung anstelle eines Weiter so in Europa auf eine umfassende Agenda zur Entwicklung der Zukunftsfähigkeit Europas setzt. Diese gilt es mit dem Mut zur Veränderung, mit Nachdruck und Nachhaltigkeit zu verwirklichen und durch konkrete Projekte sichtbar zu machen: Ein Beispiel nach innen ist die gerechte, auskömmliche und nachhaltige Neuordnung der Finanz-, Beitrags- und Förderstrukturen auf der Grundlage verbindlicher Regeln und Ziele; ein nach außen wirksames Beispiel könnten Regelungen zu Lieferketten sein, die ein Baustein zur partnerschaftlichen Entwicklung der Beziehungen insbesondere nach Afrika und Asien darstellen würden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) betont, dass die Europäische Union unverändert in erster Linie eine Wertegemeinschaft ist. Sie bittet die Bundesregierung und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch den Senat, weiterhin und im Zuge der Ratspräsidentschaft verstärkt darauf hinzuwirken, insbesondere unveräußerlichen Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität in allen Mitgliedsstaaten uneingeschränkte Geltung zu verschaffen. Diese Grundlagen und das Prinzip eines gerechten Gebens und Nehmens bleiben die Basis einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Prozess der deutschen Ratspräsidentschaft insbesondere in den Feldern kritisch und konstruktiv zu begleiten, die das Bundesland Bremen unmittelbar betreffen oder betreffen könnten. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen und Entscheidungen zu folgenden Feldern:
 - a) Entscheidungen, die das Klima, die Energieversorgung, die ressourcenbezogene Nachhaltigkeit, die Entwicklung der Mobilität oder andere umweltbezogene Felder betreffen und die Entwicklungen in Bremen allgemein beeinflussen, aber auch in der Arbeit der Enquete-Kommission Berücksichtigung finden müssen.
 - b) Regelungen (und Veränderungen) zur finanziellen Förderung von Projekten, Arbeitsmarkt, Kultur, Soziales, Jugend und Bildung und so weiter, die bereits jetzt mit europäischen Mitteln unterstützt werden,

- c) Veränderungen in den Strukturen wirtschaftlicher Förderung oder des Wettbewerbs- und Beihilferechts,
 - d) Maßnahmen zur Unterstützung von Forschung und Innovation, insbesondere im hochschulischen Bereich,
 - e) Entwicklungen im Feld der Zusammenarbeit bei Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, sowie
 - f) Perspektiven für die Stärkung von Beteiligungsrechten von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch der Regionen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten des „Recovery Fund“ zur Bewältigung der Coronapandemie-Folgen nach dessen Konkretisierung konsequent für Bremen und Bremerhaven zu nutzen, beziehungsweise Dritte bei der Nutzung zu unterstützen, und bei der Ausgestaltung des Bremen-Fonds zu berücksichtigen.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, über die Ergebnisse der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2021 zu berichten, und dabei die Bremen unmittelbar betreffenden Entscheidungen und die im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ergriffenen unterstützenden Aktivitäten des Senates besonders zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (federführend), die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die Senatorin für Wissenschaft und Häfen, den Senator für Inneres und den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/285

Krise als Chance: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft als Zukunftspräsidentschaft nutzen!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 10. September 2020
(Drucksache [20/609](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/286

Forschung zeitgemäß gestalten, Arbeitsplätze erhalten: Ein nachhaltiger Neubau der Polarstern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 9. September 2020

(Drucksache [20/606](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für einen schnellstmöglichen Bau der Polarstern II in Kooperation von Bremerhaven und Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen und damit langfristig Beschäftigung an der Küste zu sichern;
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Neubau der Polarstern unter Berücksichtigung aktueller Nachhaltigkeitsstandards erfolgt und möglichst klimaneutrale Antriebe geprüft werden. Hierbei sind alle technisch möglichen Vorkehrungen einzubeziehen, die eine Umrüstbarkeit des Antriebs zu einem späteren Zeitpunkt offenhalten;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vergabe schnellstmöglich, wenn erforderlich in einem beschleunigten und rechtssicheren Vergabeverfahren oder in Direktvergabe erfolgt;
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bau von Forschungsschiffen als Schlüsseltechnologie im Sinne der Technologie-, Industrie- und Standortförderung definiert wird;
5. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit, der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen binnen vier Monaten zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft an die Senatorin für Wissenschaft und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/287

Schwangerschaftsabbrüche: Ausbildung verbessern, Zugang erleichtern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 30. Juni 2020

(Drucksache [20/522](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene weiterhin für die Abschaffung des § 219a einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle Möglichkeiten zu nutzen, um Betroffenen einen Schwangerschaftsabbruch in Bremen und Bremerhaven – also wohnortnah – zu ermöglichen.
2. zu prüfen, inwieweit das Land Bremen ein eigenes Fortbildungsprogramm zu Schwangerschaftsabbruchmethoden für Ärztinnen/Ärzte anbieten kann.
3. sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Ausbildung an Kliniken die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen gelehrt wird.
4. zu prüfen, inwieweit EU-Ausländerinnen/Ausländer mit der europäischen Krankenversicherungskarte (EHIC) ein erleichterter Zugang zu medizinischen Einrichtungen, die Beratungen oder Schwangerschaftsabbrüche durchführen, gewährt werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/288

Angemessene Eingangsbesoldung für Feuerwehrfrauen und -männer

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. August 2020
(Drucksache [20/564](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/289

Zukunft der maritimen Wirtschaft im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 2020
(Drucksache [20/259](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020

(Drucksache [20/431](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/290

Mittelstandsförderungsgesetz reformieren – Clearingstelle, Clearingverfahren und Mittelstandsbeirat einrichten!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 12. März 2020

(Drucksache [20/322](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/291

Wie ist Bremen im Kampf gegen Cyber- und Internetkriminalität aufgestellt?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 9. März 2020

(Drucksache [20/311](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020

(Drucksache [20/479](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/292

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Das Wahlrecht für Obdachlose stärken
Prüfungsauftrag der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Dezember 2019
Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/418](#))
2. Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/419](#))
3. Medienkompetenz von der Kita bis ins hohe Alter stärken
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/439](#))
4. Keine Anrechnung von Elterngeld und Kindergeld: Soziale Gerechtigkeit für Eltern im Bezug von SGB II-, SGB XII und AsylBLG-Leistungen schaffen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2020
(Drucksache [20/451](#))
5. Krise als Chance nutzen, ein Zukunftskonzept für die Jacobs University Bremen gemeinsam entwickeln!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/515](#))
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/542](#))
6. Klimaschutz an Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/437](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/581](#))
7. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung übernehmen und einen Ort des Gedenkens und Mahnens schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/521](#))

8. Internationalisierung der Universität und der Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/523](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/599](#))
9. Rassismus entschieden entgegentreten – Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/527](#))
10. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))
11. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/545](#))
12. Social Entrepreneurship im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/532](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/568](#))
13. Europäischen Jugendaustausch stabilisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 8. Juli 2020
(Drucksache [20/543](#))
14. Auschwitz-Birkenau und andere KZ-Gedenkstätten im Ausland in der Covid19-Pandemie unterstützen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Juli 2020
(Drucksache [20/550](#))

15. Gutschein-Lösung – Verbraucher*innen besser schützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 15. Juli 2020
(Drucksache [20/551](#))
16. „Digitales Gesamtkonzept Schule“ für Bremen und Bremerhaven
Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/554](#))
17. Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2020
(Drucksache [20/555](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/572](#))
18. Erinnerungskonzept Novemberrevolution 1918/19
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/559](#))
19. Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nutzen – Anreize für Väter erhöhen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/560](#))
20. „Aktionsplan Alleinerziehende“
Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))
21. Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/586](#))
22. Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/588](#))
23. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung
Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/589](#))

24. Übergangspflegestellen im Notaufnahmesystem der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver gestalten!
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/591](#))
25. Realitäten erkennen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten – Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/592](#))
26. Dienstfahräder für den öffentlichen Dienst einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/594](#))
27. Update für das Elterngeld
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/604](#))
28. Nutzung und Installierung von Pavillons/fliegenden Bauten im gastronomischen Bereich auf privatem und öffentlichen Grund in den Wintermonaten
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/607](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.